

Uni wehrt sich: Kein Containerdorf auf Unigelände in Berlin

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Berliner Unigelände: Widerspruch gegen geplantes Containerdorf und Konflikt zwischen Uni und Senat. Wird die "woke" Fassade bröckeln?

Noch dient das Grundstück mit einigen Sträuchern als Parkplatz. Es handelt sich um eine Fläche von etwa 4000 bis 5000 Quadratmetern an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem. Der Senat beabsichtigt, auf diesem brachliegenden Unigelände in Kürze ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge zu errichten. Dieser Plan stößt jedoch in der Nachbarschaft auf Widerstand. Insbesondere an der Freien Universität regt sich Unmut, da die Universität selbst plant, an dieser Stelle ein Gebäude für Lehr- und Forschungszwecke zu errichten.

Die Flüchtlingskoordinatorin Albrecht Broemme des Landes Berlin informierte die Kanzlerin der Freien Universität, Andrea Güttner, darüber, dass er vorhat, vorübergehend Flüchtlinge auf dem Gelände unterzubringen. Die Universitätsleitung fühlt sich übergangen und betont, dass sie dieser Maßnahme nicht zugestimmt habe. Die Universität hat jedoch in der Vergangenheit bereits geflüchtete Menschen unterstützt, indem sie ihnen kurzfristig Notunterkünfte in ihren Einrichtungen zur Verfügung gestellt hat. Es wird darauf hingewiesen, dass die Fläche dringend für eigene Bauprojekte benötigt wird.

Es gab bereits Diskussionen über eine mögliche alternative Fläche für die Flüchtlingsunterbringung, da das Unigelände für Bauprojekte der Universität benötigt wird. Auch wurden 16 weitere Standorte für Containerdörfer in Berlin beschlossen, um

dem wachsenden Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge gerecht zu werden. Trotz der Maßnahmen des Senats wird betont, dass die aktuellen Planungen nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken.

Der Widerstand gegen die geplante Nutzung des Unigeländes für Flüchtlingscontainer hat im Netz zu Diskussionen geführt. Einige Nutzer*innen äußerten Kritik an der Freien Universität und stellten die Frage, warum die Institution, die sich als weltoffen und tolerant präsentiert, nicht bereit ist, temporär Platz für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Diese Kontroverse wirft Fragen zur Rolle der Universität im Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen auf und verdeutlicht die Spannungen zwischen verschiedenen Interessengruppen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de